

UNI INFO

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-213, Telex 25655 unol d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Gisela Rodenberg.

8/80

Verlag: Druck und Anzeigenverwaltung Littmann Druck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051. Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur nach Rücksprache mit der Redaktion.

28. Mai

Präsidentenwahl:

Noch alles offen nach Aufstellung der Dreierliste

Am 4. Juni Entscheidung im Konzil

Mit der Aufstellung einer Dreierliste im Senat für die Wahl des Präsidenten durch das Konzil am 4. Juni ist offensichtlich keine Vorentscheidung getroffen worden. Denn entgegen manchen Erwartungen konnte keiner der Kandidaten eine überzeugende Anzahl von Stimmen auf sich vereinigen. Mit lediglich sieben Nennungen führt Kanzler Jürgen Lütjhe (Uni Oldenburg) die Liste an, die laut NHG eine erkennbare Reihenfolge ausweisen muß. Auf Rang zwei mit sechs Stimmen platziert sich der Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirchen in Deutschland (EKD), Dr. Horst Zilleßen (Bochum). Auf den dritten Platz wähle der Senat nach einer Stichentscheidung den Essener Architekturprofessor Wolfgang Thomas.

Thomas setzte sich nur knapp mit 5:4 Stimmen gegen den Oldenburger Historiker Professor Dr. Ernst Hinrichs durch, den Kandidaten der Hochschullehrergruppe „Demokratische Hochschule“. Damit konnte sich keiner von einer Hochschulfraction nominierten Kandidaten durchsetzen. Denn auch die Mathematikerin Professor Dr. Irene Pieper-Seier, die vom Bund Demokratischer Wissenschaftler (BdWi) benannt worden ist, erhielt lediglich drei Stimmen und schied zunächst ebenso aus wie der Direktor des Göttinger Pflanzenphysiologischen Instituts, Professor Dr. Harald Lorenzen, und der Vizepräsident des Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung, Professor Dr. Gerd Lüttig. Beide erhielten nur zwei Nennungen. Bei der Wahl hatte sich der Senat für ein Verfahren entschieden, das jedem stimmberechtigten Mitglied drei Stimmen zuerkannnte, die allerdings für verschiedene Bewerber vergeben werden mußten. Nicht alle nahmen sämtliche Stimmen in Anspruch. Denn insgesamt wurden von 39 möglichen Nennungen nur 30 abgegeben.

Dabei erhielt im übrigen der Mathematiker Professor Dr. Peter Gorny keine Stimme. Gorny hatte schon vor dem Hearing am 14. Mai selbst dazu aufgefordert, nicht ihn, sondern jene zu wählen, die auch auf die Dreierliste vom Senat gesetzt wurden. Gorny beteiligte sich auch nicht an dem fast siebenstündigen Hearing, das zumindest am Vormittag großes Interesse fand. Es litt allerdings darunter, daß jene, deren Positionen in der Hochschule bekannt waren, nicht

viel Neues dazu bringen konnten, und andere, die nicht so sehr mit den Kernproblemen der Universität vertraut waren, zum Teil mit außerordentlich abstrakten Aussagen operieren mußten. Vielleicht ein Grund, warum es zu keiner wirklich kontroversen Diskussion auf dem Podium kam.

Wie dem auch sei, die einzelnen Fraktionen hatten sich zum Teil schon vorher intensiv mit den auswärtigen wie hochschulinternen Bewerbern auseinandergesetzt. Somit konnte das Hearing wohl auch kaum mehr als eine Bestätigung dessen bringen, wozu man sich ohnehin entschieden hatte bzw. entscheiden wollte. Trotzdem blieb der Ausgang der Senatsentscheidung bis zuletzt spannend, da sich fast alle Fraktionen einen Spielraum für Verhandlungen

Fortsetzung auf Seite 2

VDS-Sporttagung

In der Zeit vom 4. bis 6. Juli 1980 wird in den Räumlichkeiten der Universität die 9. Bundesversammlung der Fachtagung Sport der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) stattfinden. Zu diesem Treffen erwartet die Oldenburger Fachschaft Sport Fachschaftsvertreter aus dem gesamten Bundesgebiet und West-Berlin. Da alle Teilnehmer(innen) privat untergebracht werden sollen, bittet die FS Sport alle diejenigen, die einen (oder auch mehrere) Schlafplatz zur Verfügung stellen wollen, sich in die im Sporttrakt und am Hochschulsport-Infobrett aushängenden Listen einzutragen.

„Eingriff in die freie Meinungsäußerung“

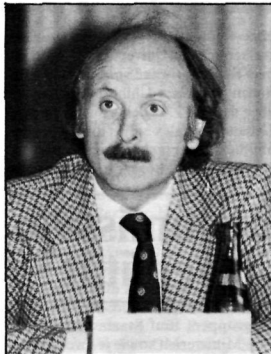
Der Senat der Universität hat einen Erlaß des Niedersächsischen Ministers für Wissenschaft und Kunst vom 30. April des Jahres, in dem die Bezeichnung „Berufsverbot“ in Veröffentlichungen der Hochschule untersagt werden soll, scharf kritisiert. In dem einstimmig gefaßten Beschluß weist das höchste Entscheidungsgremium mit Entscheidung den Versuch zurück, „durch ein Wortverbot eine neue Qualität in die Auseinandersetzung um die Berufsverbote in der Bundesrepu-

blik einzuleiten“. Der Senat betrachtete es als einen schwerwiegenden Eingriff in das Recht auf freie Meinungsäußerung, wenn mit dem Argument, eine Fehlinformation der Öffentlichkeit zu betreiben, dem Uni-info die Verwendung des Wortes „Berufsverbot“ untersagt werde. In einer ersten Stellungnahme hatte der beauftragte Interimspräsident Prof. Dr. Hans-Dietrich Raapke zuvor erklärt, mit einer Umbenennung sei das nach wie vor bestehende Problem nicht zu verhindern.

Die drei Kandidaten des Senats



Kanzler Jürgen Lütjhe (38) studierte nach dem Abitur und nach dem Wehrdienst in Berlin und Bonn Rechtswissenschaften. 1967 legte er in der Bundeshauptstadt das erste Staatsexamen ab. Danach arbeitete er drei Jahre an der Universität Bochum und als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Hochschulinformationssystem (HIS). 1970 begann er mit dem Referendariat. Im gleichen Jahr wurde er Rechtsreferent des Universitätsparlaments der Ruhr-Universität, die ihn auch 1972 als Justiziar einstellte. In dieser Zeit gehörte er dem Vorstand der damals sehr gewichtigen Bundesassistentenkonferenz (BAK) an. Nach Ablegung der zweiten Staatsprüfung wechselte Lütjhe in das Bundeswissenschaftsministerium über, in dem er damals an der Formulierung des Hochschulrahmengesetzes mit beteiligt war. Ende des gleichen Jahres wurde er damals 31-jährig mit der Wahrnehmung der Aufgaben des Kanzlers der Uni Oldenburg beauftragt. Seitdem ist er der höchste Verwaltungsbeamte der Hochschule. Über Oldenburg hinaus machte sich Lütjhe durch zahlreiche Publikationen als Experte im Hochschulrecht einen Namen. Auch fungierte er als Gutachter in mehreren Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht.



Dr. Horst Zilleßen (42) studierte nach seinem Examen Politikwissenschaften an der Universität Köln. 1962 legte er das Examen ab und trat danach unmittelbar in Kirchendienste ein. Nach dreijähriger Tätigkeit im Sozialwissenschaftlichen Institut der Kirche im Rheinland, das sich im Bereich der Erwachsenenbildung betätigt, übernahm er dessen Geschäftsführung. 1969 wechselte er in das neu gegründete Sozialwissenschaftliche Institut der Evangelischen Kirchen in Deutschland (EKD) über und wurde 1970 Leiter - eine Position, die er heute noch inne hat. Im gleichen Jahr wurde ihm die Leitung des politischen Klubs der Evangelischen Akademie Tutzingen übertragen, in dem die politische Führung der Bundesrepublik nicht selten über Grundsatzfragen diskutiert. Schon sehr früh setzte sich Zilleßen mit dem Thema „Ökologie“ auseinander, dem nicht wenige seiner zahlreichen Publikationen gewidmet sind. Bereits 1971 war er Vorsitzender der Rhein-Ruhr-Aktion gegen Umweltzerstörung. Ein Jahr später übernahm er für 11 Monate den Vorsitz des „Bundesverbandes der Bürgerinitiativen Umweltschutz“ (BBU). Seit 1976 ist er stellvertretender Vorsitzender der „Deutschen Umweltaktion“ (DUA).



Professor Wolfgang Thomas (44) studierte nach dem Abitur in Berlin Architektur und Musik. Das Architekturstudium beendete er 1963 an der TU Hannover, an der er dann auch bis 1972 tätig war - zunächst als Assistent und zuletzt als Leiter der Abteilung Hochschulentwicklung im Institut für Städtebau, Wohnungswesen und Landesplanung. 1972 erhielt Thomas nicht zuletzt wegen seiner detaillierten Kenntnisse in der Hochschulentwicklung einen Ruf in den Gründungsausschuß der Gesamthochschule Essen, wo er 1975 zum Professor für „Theorien und Verfahren der Planung im Bauwesen, Schwerpunkt: Hochschulentwicklungsplanung“ ernannt wurde. Zur Zeit gehört Thomas als Konrektor der Leitung der Neugründung in der Ruhrmetropole an. Daneben nimmt er in zahlreichen Gremien und Ausschüssen Funktionen wahr. So ist er u.a. Gutachter und Sachverständiger der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) im Bereich Hochschulbau und Vorsitzender des Fachbereichs des Zentralarchivs des Bundes und der Länder für den Hochschulbau. Als Planer war er u.a. für den Aufbau eines fortschreibungsfähigen Gesamtplanungskonzeptes für die TU Hannover und der Uni Münster zuständig.

Organisationsplan nun doch verabschiedet

Nachdem bei der ersten Abstimmung über die endgültige Fassung des Organisationsplans im Senat keine Mehrheit zustande gekommen war (s. uni-info 7/80), wurde er nunmehr doch noch in der vorliegenden Form denkbar knapp mit sieben gegen sechs Stimmen verabschiedet.

Kernpunkt des Organisationsplans, der die Organisation des Wissenschaftsbereichs sowie der Zentralen Einrichtungen umfaßt, den Bereich der Hochschulverwaltung jedoch ausklammert, ist die Gliederung in sieben Fachbereiche (bislang vier) und zehn Zentrale Einrichtungen (bislang neun). Während Größe und Zusammensetzung der bisherigen Fachbereiche I „Erziehung/Sozialisation“ und II „Kommunikation/Ästhetik“ unverändert bleiben sollen, wurde dem Fachbereich III „Gesellschaftswissenschaften“ der Studiengang Geographie angegliedert. Allein der bisherige Fachbereich IV „Mathematik/Naturwissenschaften“ nutzte die Gelegenheit der vom NHG

vorgeschriebenen Erstellung eines Organisationsplans und teilte sich in die vier Fachbereiche „Mathematik“, „Biologie“, „Physik“ und „Chemie“ auf.

Eine weitere Untergliederung der Fachbereiche in Institute und Seminare unterbleibt laut Senats- und Fachbereichsratsbeschlüssen. Die Funktionsfähigkeit der Fachbereiche, die mehrere Fächer umfassen, soll durch - unterschiedlich konzipierte - Fachkommissionen, die die Belange der einzelnen Fächer wahrnehmen, gewährleistet werden.

Insbesondere gegen diese Vorstellungen hatten die vier Professorenvertreter der „Liste Demokratische Hochschule“ im Senat Bedenken erhoben, die in einem Minderheitenvotum formuliert wurden. Diesem Minderheitenvotum, das zusammen mit dem von der Senatsmehrheit verabschiedeten Organisationsplan dem Minister für Wissenschaft und Kunst (MWK) vorgelegt werden wird, ist

ein entsprechender Organisationsvorschlag beigefügt, der neun Fachbereiche und 38 Institute umfaßt (siehe uni-info 5/80).

Zu den bisher bestehenden neun Zentralen Einrichtungen ist neu hinzugekommen die Zentrale Einrichtung für den allgemeinen Hochschulsport (ZEH). Umbenannt wurde die Kontaktstelle für wissenschaftliche Weiterbildung in Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung (ZWW). Der Botanische Garten und die ZET-WA wurden entgegen den im Fachbereich IV entwickelten Vorstellungen als Zentrale Einrichtungen beibehalten.

Der jetzt verabschiedete Organisationsplan, der sämtliches Personal vom C 4-Professor bis zur Schreibkraft einer Organisationseinheit zurechnet, wird nunmehr dem Personalrat zur Zustimmung und der Gemeinsamen Kommission für Lehrerbildung (GKL) zur Stellungnahme vorgelegt. jb

Erster Spatenstich für Zentralbereich am Uhlhornsweg



Mit der Versicherung, daß auch der Bau der naturwissenschaftlichen Gebäude auf dem Standort Wechloy in der vorgesehenen Größe realisiert wird, beendete der Niedersächsische Wissenschaftsminister Professor Dr. Eduard Pestel seinen kurzen Besuch in Oldenburg am 19. Mai. Anlaß war der

erste Spatenstich für den neuen Zentralbereich der Universität, der mit einem Kostenaufwand von über 100 Millionen Mark am Uhlhornsweg gegenüber dem AVZ errichtet wird. In dem Gebäudekomplex sollen die Zentralbibliothek, Sportanlagen, eine Mensa, ein Kommunikationszentrum sowie ei-

ne Tiefgarage entstehen. Die Hauptnutzfläche beträgt 29.000 Quadratmeter, davon benötigt allein die Bibliothek weit über die Hälfte (16.000). Die Feierstunde nutzten einige Studenten, um ihren Unmut über die Hochschulpolitik des Ministers deutlich zu machen und ihn auf spezifische Schwie-

rigkeiten in bestimmten Fächern hinzuweisen. So auch die Geographen, die Pestel mit einem Ammerländer Löffeltrock ihr Problempaket servierten. (Bild links). Nach dem ersten Spatenstich (Bild Mitte) sägten der beauftragte Interimspräsident Professor Dr. Hans-Dietrich Raapke und der

Minister gemeinsam ein Schild um, das von der Universität im Sommer 1976 aufgestellt worden war und auf dem der fast fünfjährige Baustopp für die Universität dokumentiert war (Bild rechts).

Fotos: Koopmann

Studienreformkommission tagte in der Universität

Die Niedersächsische ständige Kommission für die Studienreform hat am 19. Mai in der Universität Oldenburg und damit erstmals überhaupt in einer Hochschule getagt.

Das Programm gab der Universität die Möglichkeit, ihre Beiträge zu den Reformzielen, ihre Erfahrungen sowie die weiteren Planungen in Form neuer Studiengänge darzustellen. Der beauftragte Interimspräsident, Professor Dr. Hans-Dietrich Raapke, betonte vor der Kommission die besonderen Erfahrungen mit Projektstudium, Theorie-Praxisbezug und vor allem auch der Weiterbildung. Viele positive Elemente der einphasigen Lehrerausbildung sollten in der neuen Form erhalten bleiben. Als Beispiel für die Planung neuer Studiengänge wurden die Konzeptionen Ausländerpädagogik (Fritsche, FB II) und Bewegungs- und Spieltherapie (Schmücker, FB I) vorgestellt. Beide Studiengänge sollten in bislang lehramtsbezogenen Fächern angeboten werden. Sie sind interdisziplinär angelegt, auf Tätigkeitsfelder bezogen und für kleine Studentenzahlen vorgesehen. Sie unterscheiden sich damit grundsätzlich von den sonst üblichen Alternativen zum Lehramtsstudium in Form des Magisters.

Der ständigen Kommission für die Studienreform gehören neun Hochschulvertreter der verschiedenen Sta-

tusgruppen, fünf Staatsvertreter aus den Ministerien sowie je zwei Vertreter der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände ohne Stimmrecht an.

Noch alles offen

Fortsetzung von Seite 1

offengehalten hatten. Doch, wie sich dann herausstellte, scheiterten alle interfraktionellen Gespräche. Jede Gruppe wählte für sich. Dabei wurden offensichtlich alle Taktiken genutzt, die dieses Wahlverfahren ermöglicht.

Wie sich die Fraktionen im Konzil verhalten werden, ist deshalb überhaupt noch nicht klar. So ist möglich, daß das 91-köpfige Gremium mehr als zwei Wahl Durchgänge braucht, um den künftigen Präsidenten zu benennen. Der benötigt nämlich die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder, also mindestens 46 Stimmen. Erhält sie nach zwei Wahlgängen keiner der vom Senat vorgeschlagenen Kandidaten, so wird die Liste neu eröffnet. Das heißt: die bisher vom Senat nicht berücksichtigten Bewerber um das Amt können wieder zur Wahl gestellt werden. Findet auch dann kein Kandidat die erforderliche Mehrheit, so findet zwischen denjenigen Bewerbern, die im letzten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten, eine Stichwahl statt. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los. gh

Große Mehrheit für SHB und MSB bei geringster Wahlbeteiligung

Edith Goldman (SHB) neue AStA-Sprecherin - RCDS ficht Stupa-Wahlen an

Das neue Studentenparlament hat in der vergangenen Woche die Germanistikstudentin Edith Goldman zur AStA-Sprecherin gewählt. Die 22-jährige löst damit die bisherige Sprecherin Ursula Hartmann ab. Insgesamt setzt sich der AStA aus sieben Vertretern des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB) und dem Marxistischen (MSB) Spartakus zusammen. Beide Gruppierungen besetzen 39 der 50 Sitze im neuen Studentenparlament. Der hohe Sieg von SHB mit 51,2 Prozent der Stimmen und MSB Spartakus mit 25,5 Prozent kam nicht zuletzt aufgrund der katastrophal geringen Wahlbeteiligung zustande. Nur wenig mehr als 22 Prozent der Studenten gingen vom 6. bis 13. Mai zu den Urnen.

Damit liegt die Wahlbeteiligung erstmals weit unter Bundesdurchschnitt. Die Gründe dafür liegen offensichtlich nicht nur darin, daß der zunächst vom MSB Spartakus proklamierte und letztlich wieder aufgegebenen Wahlboykott erhebliche Verwirrungen unter den Studenten geschaffen hat, sondern auch in der fehlenden Alternative. Denn erstmals seit Jahren kandidierten nicht die Basisgruppen bzw. die Ökologie-Liste, die immer mehr als 20 Prozent der Stimmen für sich verbuchen konnten.

Der Ring Christlich Demokratischer

Studenten (RCDS) mit 4,6 Prozent (2 Sitze) und die Liste unabhängiger Studenten (Lust) mit 2,7 Prozent (ein Sitz) wurden zumindest als Alternative nicht akzeptiert. Schon gar nicht der Einzelkandidat und Strauß-Fan Hartmut Heger, der lediglich drei Stimmen und damit 0,03 Prozent erhielt. Lediglich der Liberale Hochschulverband (LHV) konnte mit 15,7 Prozent der Stimmen ein kleines Gegengewicht zu der großen Koalition aus SHB und MSB bilden. Er errang damit acht Sitze.

Die personelle Zusammensetzung des AStA: AStA-Sprecherin: Edith Goldman (SHB), Finanzreferent: Thomas Jakob (SHB), Fachschaftsreferenten: Reinhard Kück (SHB), Thomas Jakob (SHB), Hochschulpolitik: Reinhold Hagedorn (SHB), Arnold Lübberink (MSB), Allgemein Politik: Rainer Linke (SHB), Peter König (SHB), Elke Suhr (MSB), Sozialreferat: Christiane Tietze (SHB), Referat Internationales: Klemens Schüler (MSB), Referat Kultur: Wilhelm Voß (MSB)

Inzwischen hat der RCDS Einspruch gegen die Wahlen zum Studentenparlament eingelegt. Zur Begründung wurde ein Flugblatt des AStA angeführt, in dem der RCDS scharf kritisiert wurde. Nach Meinung des RCDS ist der AStA aber als Organ der

öffentlich-rechtlich verfaßten Studentenschaft nicht dazu befugt. Weiter begründete die Gruppe ihren Einspruch damit, daß ihre Kandidatenvorschläge vom Informationsbrett bereits am ersten Tag des Aushanges gewaltsam entfernt worden seien. Damit sei die Chancengleichheit verletzt. Da dies auch bei früheren Wahlen schon geschehen sei, hätten Vorkehrungen getroffen und „beispielsweise geschlossene Schaukästen für die Bekanntmachung“ angebracht werden müssen. Außerdem sei durch das Fehlen von Wahlkabinen keine geheime Wahl gewährleistet gewesen.

gh

Ernst Hinrichs Einführung in die Geschichte der Frühen Neuzeit

237 Seiten mit 6 Textabb.

Paperback DM 24,-

(Beck'sche Elementarbücher)

Das Buch führt ein in die Geschichte Mittel- und Westeuropas zwischen der Reformation und der Französischen Revolution. Ohne die Ereignisse der politischen Geschichte außer acht zu lassen, behandelt es besonders jene Bereiche des geschichtlichen Lebens, die in den letzten Jahrzehnten durch intensive, neuartige Forschungen erhellt worden sind: die Geschichte der Bevölkerung, der Familie, der Wirtschaft, der Gesellschaft, der Bildung. Ausführliche Anmerkungen und eine kommentierte Auswahlbibliographie machen den Leser mit den einschlägigen Arbeiten der deutschen, französischen und angelsächsischen Geschichtswissenschaft bekannt.

Verlag C. H. Beck

Aus Sorge um weitere Langzeitschäden

Giftstoff wurde nach Analyse durch Wissenschaftler aus der Produktion genommen

Eine außerordentlich positive Zusammenarbeit hat sich zur Verbesserung des Arbeitsschutzes zwischen dem Betriebsrat einer Kartonfabrik im Verwaltungsstellenbezirk Leer der IG Chemie Papier Keramik und der Universität in Oldenburg entwickelt. Der Betriebsratsvorsitzende dieser Firma zieht nach eingehenden Untersuchungen des Biochemikers Professor Dr. Höpner und des klinischen Chemikers Dr. Butte erfolgreiche Bilanz: „Die Dinge haben wir im Griff.“

Im Mai 1978 hatte die Verwaltungsstelle der IG Chemie berichtet, daß Arbeitnehmer an Pappmaschinen dieser Firma unter gesundheitlichen Beschwerden litten. An diesen Maschinen wurde dem aufgelösten Altpapier bei der Fertigung von Papp für die Lebensmittelverpackung ein Zusatz beigefügt. Dieser Zusatz war Pentachlorphenol Natrium PCP-N.

Die Bedeutung war von den Beschäftigten und auch vom Betriebsrat zunächst nicht klar erkannt worden, nicht zuletzt deswegen, weil, wie der Betriebsratsvorsitzende erklärte, „statt des schlichten deutschen Wortes 'Gift' der entsprechende Ausdruck in französischer Sprache dargestellt war. Für den Betriebsrat gab es auch deshalb Probleme, weil die Auswirkungen der gefährlichen Arbeitsstoffe nicht so sehr durch Schulungen bekannt waren.“

aus der Produktion genommen

Gewerbeaufsichtsamt vom Landesverwaltungsamt - Institut für Arbeitsmedizin, Immissions- und Strahlenschutz - durch Luftmessungen geprüft worden. Danach wurden keine Bedenken gegen den Einsatz erhoben.

In seiner positiven Einschätzung zum Ausgang der Zusammenarbeit zwischen dem Betriebsrat, der IG Chemie und der Oldenburger Universität kommt der Betriebsratsvorsitzende zu der Schlußfolgerung: „Im Grunde genommen ist ohnehin erst durch die von der Uni erbrachte Erkenntnis der Wasserdampfgefährlichkeit von PCP-N die weitere Tätigkeit des Betriebsrates in der Sache PCP-N beeinflusst worden. Betriebsräte sind mit der Hilfe der zuständigen Gewerkschaft unter Anwendungsbedingungen des Betriebes jedoch außerordentlich leicht mit dem Wasserdampf in die Raumluft gelangt.“

Aufgrund dieses Ergebnisses schaltete die IG Chemie Leer das Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg ein. Während der Aktionen der IG Chemie und des Betriebsrates setzte die Fir-

menleitung das Mittel PCP-N ab. Die ebenfalls eingeschaltete Papiermacher Berufsgenossenschaft erklärte in einem Rundschreiben an die Mitgliedsbetriebe, daß Pentachlorphenol ein äußerst gefährlicher Stoff wäre und daher aus dem Verkehr zu ziehen sei. Bereits in den 60er Jahren war in den Fachgremien der Papierindustrie über die Gefährlichkeit von PCP berichtet worden, was zu einer Ablehnung des Mittels geführt hatte. Das Bundesgesundheitsamt ergänzte die Maßnahme durch eine Reihenuntersuchung. Diese Ergebnisse wiederum mußten nach eingehender Analyse Buttes kritisiert werden, da sie „erhebliche Verfahrens- und Auswertungsfehler“ enthielten.

Buttes Bericht liegt inzwischen dem Bundesgesundheitsministerium vor. Der Betriebsratsvorsitzende hat die Untersuchung zudem an die Papiermacher Berufsgenossenschaft, an das Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg, an ten auf die Hilfe von außerhalb, von unabhängigen 'fachorientierten' Stellen angewiesen. Die Zusammenarbeit sollte verstärkt werden...“ uk